Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt Lützow 3394. • Expedition: Amt Lützow 3248.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Nonpareillezeile entgegen. Zusendungen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 104. [52. Jahrgang.] Sonntag den 4. Mai 1913. Erste (Abend-)Ausgabe. [52. Jahrgang.] Nr. 104.

Berlin, den 3. Mai.

Politischer Tagesbericht.

Das Königliche Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen.

Rückblicke.

Die Budgetkommission ist nach Reichstagsschluß noch bis Mittwoch in eifriger Arbeit beisammengeblieben und hat die Wehrvorlage ein gutes Stück gefördert. Das Hauptergebnis der Verhandlungen ist die Anerkennung des Prinzips, das die Vorlage zum Ausdruck bringt: Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien haben ohne Ausnahme diesen Grundsatz als maßgebend angenommen und ihn in einer Reihe von Abstimmungen betätigt. Die Genugtuung hierüber erhält jedoch einen Schatten durch die Streichung von drei Kavallerieregimentern. Wir können nicht annehmen, daß im weiteren Verlauf der Beratung dieser Abstrich aufrecht erhalten bleibt. Jedenfalls hat schon die bisherige Aufnahme der Wehrvorlage im Parlament und außerhalb bewiesen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes und seiner Vertreter sich den schwerwiegenden Gründen nicht verschließt, die den verbündeten Regierungen die Durchführung der geforderten Rüstungsverstärkung zur unabweisbaren Pflicht machen gegenüber der Nation und ihrer Zukunft.

* * *

Deutschlands Wohlstandsentwicklung reicht in ihrem Ursprung bis in die Zeit zurück, wo Bismarck durch große wirtschaftliche Reformen der nationalen Wiedergeburt des deutschen Volkes auch die materielle Grundlage gab. Seitdem erstarkten die wirtschaftlichen Kräfte der jungen Nation rasch. Der deutsche Handel trat in allen Weltteilen mit demjenigen anderer Länder in rührigen Wettbewerb und eroberte unserer heimischen Produktion ein Absatzgebiet nach dem andern. Die Ein- und Ausfuhr Deutschlands, welche Anfang der achtziger Jahre den Wert von 6 Milliarden erreichte, hat sich seitdem verdreifacht. Wie sich gleichzeitig die deutsche Produktion vermehrt hat, dafür gibt die Entwicklung unserer Montan- und Eisenindustrie ein glänzendes Beispiel. Die Steinkohlenförderung der deutschen Bergwerke, welche 1887 60,3 Millionen Tonnen im Werte von 315 Millionen Mark betrug, hat sich seitdem verdreifacht, dem Werte nach sogar verfünffacht. Die Roheisenerzeugung (1887: 4,5 Millionen Tonnen im Werte von 217,4 Millionen Mark) ist in derselben Zeit um das Dreifache gestiegen. Die Erzeugung von Eisen und Stahlprodukten (1887: 4 Millionen Tonnen im Werte von 432 Millionen Mark) ist heute dreimal so groß, ihr Wert übersteigt den vierfachen Betrag jener Zeit. Der gewaltige Aufschwung unserer Industrie hat nicht nur den Arbeitgebern Nutzen gebracht, sondern in gleichem Maße auch den Arbeitern. Die Arbeitsgelegenheiten haben sich ganz wesentlich vermehrt, die Löhne sind stark gestiegen, und das Bild, welches die Sozialdemokratie von der Verelendung des deutschen Arbeiters entwirft, gehört heute der Vergangenheit an. Wie sich bei uns der Wohlstand gerade der ärmeren Volksklassen vermehrt hat, zeigt am deutlichsten die Entwicklung der Sparkasseneinlagen in Deutschland. Die Höhe des Sparguthabens bei allen deutschen Sparkassen betrug:

1881 . .	2 789,3	Millionen Mark
1893 . .	5 897,7	„ „
1907 . .	13 920,6	„ „
1911 . .	17 900,0	„ „

Die Spareinlagen haben sich danach innerhalb drei Jahrzehnten versechsfacht. Daß diese Wohlstandsentwicklung in Deutschland allgemein ist, zeigt das Anwachsen der Kapitalien, welche in die Verwaltung deutscher Kreditanstalten gegeben wurden. Dieselben betrugen

1887 . .	319,7	Millionen Mark
1893 . .	442,7	„ „
1907 . .	2659,5	„ „
1911 . .	4042,0	„ „

Am deutlichsten prägt sich die Wohlstandsvermehrung des deutschen Volkes bei der Entwicklung der gegen Feuersgefahr versicherten Werte aus, denn ein erheblicher Teil des erworbenen Kapitals wird in Deutschland in Bauten angelegt. In Deutschland hatten die gegen Feuersgefahr versicherten Immobilien und Mobilien

1903: einen Wert von 149 Mill. Mark,
1912: „ „ „ 222 „ „

Diese starke Wohlstandsvermehrung war nur dadurch möglich, daß das deutsche Volk dank seiner schlagfertigen Armee sich ungestört werktätiger Arbeit hingeben konnte. Die stetige Erhaltung der Armee auf der gleichen Höhe wie bisher ist deshalb unerläßlich, wenn Deutschlands wirtschaftliche Kräfte sich auch weiterhin so entfalten sollen. Die Opfer, die hierfür zu bringen sind, machen immer nur einen kleinen Teil der Wohlstandsvermehrung aus, das Werk es unter dem Schutze seiner starken Armee durch friedliche Arbeit geschaffen hat.

* * *

In starker Konzentration auf ihre regelmäßige Obliegenheit, die Durchberatung der Etats, haben unsere Parlamente noch hart vor dem Himmelfahrtstage, der hier als Beginn der Pfingstpause zu gelten pflegt, diese Aufgaben erledigt. So kann der Reichstag, wenn er am 27. Mai, eine Woche nach seiner Budgetkommission, die Plenarsitzungen wieder aufnimmt, sich ganz vorab den bedeutsamen Gesetzentwürfen widmen, die als Wehr- und Deckungsvorlagen längst im Mittelpunkt der öffentlichen Erörterung stehen. Das preußische Abgeordnetenhaus hingegen erwartete, mit der Mitwochsitzung seine Legislaturperiode abzuschließen, freilich unter dem Vorbehalt, daß das Herrenhaus nicht noch durch Abänderung der ihm sonst überwiesenen Vorlagen eine Art Nachsitzung veranlasse. Schon beim Ausgrabungsgesetz hat aber das Herrenhaus am Freitag eine Anzahl von Bestimmungen umgewandelt, und zwar geschah es als das Ergebnis einer von großer Sachkunde der Redner zeugenden Debatte. So wird sich das Abgeordnetenhaus noch einmal vor Pfingsten zu versammeln haben, womit die Erwartung zusammenhängt, daß dann eine formale Auflösung den Schlußstein seiner Tätigkeit bilden wird.

Ein Gesetzentwurf, betreffend Abänderung des Gesetzes von 1838 über die Eisenbahnunternehmungen, wodurch die Anliegerinteressen mehr gesichtet werden sollen, hatte nach einigem Schwanken nach Annahme auch in dritter Lesung gefunden, und zwar auf Grund der Kommissionsfassung. Der Minister der öffentlichen Arbeiten von Breitenbach hatte dem Abgeordnetenhause die Bedenken gegen eine Verabschiedung gleichsam in letzter Stunde entwickelt. War doch diese Vorlage erst auf Drängen des Landtags von der Staatsregierung eingebracht worden, ohne daß die letztere von einer unbedingten Notwendigkeit dafür überzeugt gewesen wäre. Sodann kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Kommission, die nicht überbrückt worden waren. Es blieben Bedenken auf seiten der Staatsregierung bestehen gegen eine Ausdehnung des landespolizeilichen Prüfungsverfahrens weit über dasjenige hinaus, was bisher in Geltung war, und nach Auffassung der Regierung weit über das Bedürfnis hinaus. Sie richteten sich ferner dagegen, daß an Stelle einer gutachtlichen Aeußerung des Bezirksausschusses eine Entscheidung des Bezirksausschusses im landespolizeilichen Prüfungsverfahren treten soll. Besonders schwerwiegend war weiter, daß die Kommission in den Gesetzentwurf eine Bestimmung aufgenommen hatte, derzufolge der Bezirksausschuß erstinstanzlich über die Frage, ob Aenderungen an der Bahn notwendig sind oder nicht, entscheiden soll. Und endlich besteht ein lebhaftes Bedenken gegen die Billigkeitsklausel, die von der Kommission in den Gesetzentwurf eingefügt worden ist, eine Klausel, die zum Zwecke hat, die Rechtsgrundsätze über die Verteilung der Kosten unter Umständen einseitig zugunsten des Eisenbahnunternehmens zu ändern. Die Bestimmung, daß der Bezirksausschuß erstinstanzlich über die Notwendigkeit von Aenderungen der Bahn oder einzelner Teile der Bahn beschließen soll, erscheine als ein Eingriff in die Bestimmungen des § 4 des Eisenbahngesetzes. Somit mußte der Minister der Auffassung Ausdruck geben, daß, wenn der Gesetzentwurf in dieser Session nicht verabschiedet werden sollte, die Staatsregierung jedenfalls nicht etwa die Absicht habe, die gesetzgeberische Regelung der Materie aufzugeben. Im Gegenteil meine sie, daß die wertvollen Arbeiten, die in den Kommissionen geleistet worden sind, nicht verloren gehen sollten. Es müsse vielmehr versucht werden, eine Verständigung über die streitigen Punkte herbeizuführen und zur Erzielung einer solchen von neuem einen Gesetzentwurf vorzulegen. Uebrigens sei aus der Petition der Städte, die dem Hause vorliege, erkennbar, daß diese weit über dasjenige hinausgehen wollen, was die Kommission als nützlich und notwendig anerkannt habe. Die Städte gehen offensichtlich auf die Beseitigung des § 4 des Eisenbahngesetzes aus. Die Staatsregierung aber werde voraussichtlich zur nächsten Session in der Lage sein, abermals mit einem Gesetzentwurf an das Parlament heranzutreten. Das Vorgehen der Städte ließe es vielleicht angezeigt erscheinen, die Vorlage zunächst an das Herrenhaus zu bringen.

Vom preußischen Finanzminister Dr. Lentze wurde in der Einführungsrede zum Staatshaushaltsetat vor dem Herrenhause die leider ständig gewordene Frage beleuchtet, weshalb der Etat hier nicht zum 1. April vorgelegt werden konnte. Regelmäßig verbindet sich damit der Wunsch aus parlamentarischen Kreisen, der Etat möge beim Abgeordnetenhause schon sechs Wochen vor Weihnachten eingehen. Allein dies sei unerfüllbar; eine Vergleichung mit dem Reichsetat, der früher herauskomme, trifft die Schwierigkeiten nicht. Der preußische Etat umfaßt außerordentlich große und bedeutsame Betriebsverwaltungen, die weit über das hinausgehen, was das Reich besitzt. Wenn nun auch die Eisenbahneinnahmen nicht mehr die Rolle für die Ausgestaltung unseres Etats spielen, wie das bisher der Fall gewesen ist, indem der Etat in der Verwendung der Eisenbahnüberschüsse beschränkt werde, so enthält er doch so bedeutsame Positionen, daß es unbedingt notwendig ist, sie nach allen Richtungen hin möglichst mit der Wirklichkeit in Uebereinstimmung zu bringen. Früher wurden die gesamten Eisenbahnüberschüsse zu Staatsverwaltungsausgaben mitverwendet. Nach dem seit dem Jahre 1910 geltenden Abkommen wird aber von den Betriebsüberschüssen nur ein Betrag von 2,10 v. H. des zuletzt abgerechneten statistischen Anlagekapitals verwendet, und infolgedessen ließen sich ja wohl, wenn man im Sommer an die Etatsaufstellung geht, bei den Einnahmen die für die Staatszwecke notwendigen und verfügbaren Beträge klar berechnen; denn das statistische Anlagekapital wird am 31. März eines jeden Jahres festgestellt. Dagegen besteht das Hindernis wesentlich auf der Ausgabeseite. Hier befinden sich sehr viele Posten, bei denen es notwendig ist, daß sie sorgfältig von der Finanzverwaltung geprüft werden, ob sie auch in der Zukunft entbehrlich sind, weil sie, wenn das nicht geschähe, sehr leicht zu dauernden Ausgaben auswachsen können. Außerdem ist ja eine ganze Reihe von Ausgaben mit so hohen Ziffern in den Betriebsetats vorhanden, daß man sie möglichst der Wirklichkeit anpassen muß. Ganz ausgeschlossen sei, daß man, wenn der Etat im Eisenbahnministerium zur Absendung an die Finanzverwaltung gelangt, auch nur ein einigermaßen zutreffendes Bild über die Höhe der einzelnen Summen haben könne. Anmeldungszeit der einzelnen Etats beim Finanzministerium ist der 31. August; sie liegt so weit zurück, daß man nicht sagen kann, ob die Ziffern für das am 1. April des folgenden Jahres erst beginnende Etatsjahr eine Bedeutung haben. Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß auch die folgenden Monate September, Oktober, November bei Prüfung der Ziffern mit ins Auge gefaßt werden. Hierzu kommt noch, daß, abgesehen von dem Etat der Bauverwaltung, die Extraordinarien sämtlicher Einzeletats große Positionen für Bauten enthalten. Diese einzelnen Projekte müssen sehr sorgfältig ausgestellt und durchgeprüft werden, und da die Parlamente meistens bis spät ins Frühjahr tagen, können die einzelnen damit beauftragten Beamten erst hinterher an Ort und Stelle reisen, um die Projekte richtig aufzustellen, und dazu ist die Zeit bis zum 1. September außerordentlich knapp. War in früheren Jahren der Termin der Anmeldung zeitiger gewesen, so hatte der Finanzminister von Miquel sich überzeugt, daß es unmöglich war, diesen Termin aufrechtzuerhalten. Infolgedessen ist er auf den 1. September verschoben worden. Aus allen diesen Gründen ist es dem preußischen Finanzministerium unmöglich, einen einigermaßen zutreffenden Etat vor Januar dem Abgeordnetenhause zu überreichen. Das ist das Motiv, weshalb er sich jedesmal ablehnend verhalten muß, wenn der Wunsch an ihn herantritt, den Etat dem Abgeordnetenhause früher vorzulegen. Bestehen doch auch Zweifel, ob, selbst wenn der Etat vor Weihnachten dem Abgeordnetenhause vorläge, er jedesmal vor dem 1. April zur Verabschiedung kommen könnte. Der Reichsetat ist im laufenden Etatsjahre schon vor Weihnachten dem Reichstage vorgelegt worden, und der Reichstag hat die dritte Lesung erst am Montag dieser Woche beendet. Auch da ist es nicht gelungen, den Etat rechtzeitig fertigzustellen.

* * *

Wie die Blätter aus Straßburg berichten, glaubt man dort allgemein, daß die Besoldungsreform für Elsaß-Lothringen auf dem Wege eines Kompromisses in den Kammern zur Erledigung gedeihen werde. Jedenfalls, so hebt die „Süddeutsche Reichskorrespondenz" hervor, sei die Konfliktsstimmung hinsichtlich der Deckungsfrage nach den neuerlich von den Fraktionen abgegebenen Erklärungen als nahezu beseitigt anzusehen. Einer Verständigung zwischen den gesetzgebenden Faktoren stehe somit nichts im Wege, ohne daß diese sich in prinzipiellen Fragen etwas vergeben. Die Grundlage des Kompromisses werde in dem Wegfall der gehobenen Regierungsratsstellen bestehen; seitdem die Zweite Kammer geneigt ist, die grundsätzlichen Forderungen hinsichtlich der höchsten und höheren Gehälter anzuerkennen, liege dort das einzige Hindernis. Zwischen den beiden Kammern dürfte wegen dieses Punktes wahrscheinlich eine Verständigung erfolgen. — Ueber den schon kurz erwähnten Zwiespalt innerhalb der elsaß-lothringischen Zentrumsfraktion teilt die genannte Korrespondenz noch mit: „Am letzten Mittwoch führten die Unstimmigkeiten im Zentrum in der Budgetkommission der Zweiten Kammer bei den Beratungen über die Teuerungsvorlage zu einem offenen Konflikt. Mehrere Abgeordnete des Zentrums, darunter die Vertreter der radikalen Richtung, die Abgg. Dr. Brom und Brogly, brachten neue Anträge über die Berücksichtigung der Geistlichen bei der Teuerungsvorlage ein, die eine allseitige Ueberraschung hervorriefen. Da weder die Regierung noch der Sprecher und Führer des Zentrums, Abg. Hauß, sich mit diesen kurz vor Abschluß der Besoldungsreform eingebrachten Anträgen einverstanden erklärten, kam es zwischen den Regierungsvertretern und den Antragstellern einerseits sowie zwischen diesen und ihrem Führer Hauß anderseits zu einer Auseinandersetzung, die stellenweise einen sehr erregten Charakter annahm. Die Folge war, daß Abg. Hauß sein Amt als Vorsitzender der Fraktion niederlegte. Bei der augenblicklichen Gärung in der Zentrumspartei wäre der Schritt von weittragenden Folgen für diese, wenn Herr Hauß auf seinem Beschluß verharrte. Es darf wohl mit verkannt werden, daß der bewährte Führer vermöge seiner langjährigen politischen und parlamentarischen Erfahrung der Partei schon aus mancher schwierigen Lage herausgeholfen hat. Man wird sich dem Eindruck nicht verschließen können, daß ein Wechsel in dem Kampf um die Führung der Partei die vorhandenen Strömungen auch nach außen hin stärker zutage treten ließe. Bedenkliche Schwankungen in der Haltung des Zentrums würden wahrscheinlich dann nicht die einzige Folge sein." Die Beilegung dieses internen Konfliktes sei aus verschiedenen Gründen wünschenswert. Sie hätte unbedingt eine Stärkung des deutschen Einflusses in der Zentrumspartei zur Folge, womit eine Wiederannäherung an das deutsche Zentrum in Aussicht stehen würde.

* * *

Tag für Tag ergeht sich in der jetzigen Zeit der Landtagswahlbewegung die sozialdemokratische Presse in den wildesten Schmähungen der „Wahlrechtsschmach" in Preußen und überhaupt der ganzen preußischen Zustände. Der Grende, der bei seinen Studien ausschließlich auf diese sozialdemokratischen Preßerzeugnisse angewiesen wäre, würde ein merkwürdiges Bild vom preußischen Staate erhalten. Der „Barbarenstaat Preußen", der „Idealstaat der modernen Raubritter" mit einem „System parlamentarischer Volkskneblung und Volksverhöhnung, wie es nirgends mehr in der Welt existiert", mit einer „Preußenbastille", einem „junkerlich-pfäffischen Zwingurt", — das ist nach dem „Vorwärts" und seinen Provinzkollegionen der preußische Staat. In ihm füllt die herrschende Klasse das Parterre und die Ränge mit ihrer elenden Claque und spielt sich durch eine korrumpierte Presse als die Nation auf, deren unverschämter Parasit sie doch nur ist"; in ihm „ist kein Gesetz beschlossen worden, das die Arbeiterschaft nicht nur entrechtete, sondern geradezu mit Skorpionen züchtigte"; in ihm kann man von einer allgemeinen Schule gar nicht sprechen, die Volksschule ist nur die Armenschule, worin der Geist des Kindes verblödet und ertötet wird; in seinen Staatsbetrieben wird so rigoros und brutal gegen die Arbeiter gehandelt, herrschen so schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie sonst nirgendwo.

Es fällt schwer, zu glauben, daß so tolle Hetzereien und Entstellungen auf halbwegs besonnene Menschen Eindruck machen könnten. Was der preußische Staat in Wahrheit für seine Bürger, und zwar gerade für die unbemittelten Klassen, leistet, das ist im Abgeordnetenhause vom Regierungstische aus wiederholt in überzeugender Weise dargelegt worden. Um nur die Hauptpunkte zu erwähnen, sei daran erinnert, daß im Jahre 1888 der preußische Staat den ärmeren Klassen sämtliche Kosten für den Besuch der Volksschule abgenommen und damit eine soziale Tat ersten Ranges vollbracht hat, die den Kultusetat und die einzigen Gemeindeetats jährlich mit Hunderten von Millionen Mark belastet. Preußen-Deutschland in bezug auf die allgemeine Volksschulbildung in die vorderste Reihe aller Staaten stellt und, zumal bei den ausgebildeten Fach- und Fortbildungsschulwesen des Landes, jedem, der die Fähigkeit und den Willen zum Vorwärtskommen hat, die nötigen Unterlagen dazu liefert. Das Steuerwesen ist vom „Geldsackparlament" ebenfalls in sozialem Geist geregelt, indem die unteren Klassen überhaupt steuerfrei gelassen sind und im übrigen die Steuern immer stärker steigen, sodaß bei einem Einkommen von 900 ℳ nur eine Belastung von $^1/_2$ % eintritt, die bei den größeren Einkommen bis zu 5 % steigt, ganz abgesehen von der besonderen Besteuerung der Vermögen auf der einen und den Begünstigungen kinderreicher Familien in den niedrigeren Steuerstufen auf der anderen Seite. Vom Staate erhält der Unbemittelte für gar keine oder ganz geringfügige Steuerabgaben wahrlich höhere Gegenleistungen, als von den sozialdemokratischen Gewerkschaften, die jedes einzelne Mitglied, auch die mit Einkommen unter 900 ℳ, in erheblichem Maß zu Leistungen heranziehen. Und was die angebliche schlechte Behandlung der Staatsarbeiter betrifft, so hat der Chef der größten Arbeitgeberin, der Staatseisenbahnverwaltung, kürzlich wieder darauf hingewiesen, daß die Personalausgaben der Verwaltung im Laufe eines zehnjährigen Zeitraums um 483 Millionen Mark gestiegen sind, daß speziell die Löhne der Arbeiter sich in diesem Zeitraum um 33$^1/_3$ % verbessert, haben und daß annähernd die Hälfte der Arbeiter nach und nach in Unterbeamtenstellen und damit in gesicherte Lebensverhältnisse einrückt. Die Eisenbahnverwaltung ist denn auch in guten wie in schlechten Zeiten von einer großen Zahl von Dienstanwärtern umworben, ebenso wie der Minister des Innern betonen konnte, daß alljährlich ausländische Arbeiter in Scharen sich im viel geschmähten Preußen einzubürgern versuchen, während die Auswanderung bei uns bis auf den Nullpunkt herabgesunken ist.

Zu den eigenen sozialen Leistungen des Staates kommt noch seine rege Mitarbeit an der sozialpolitischen Gesetzgebung des Reichs, die ja in allen Hauptbeziehungen die Arbeiterverhältnisse zu regeln hat. Die vorbildlichen Grundsätze, die hier zum Segen der Arbeiterschaft vollbracht wurden, sind allbekannt, und auch auf das, was Preußen in dieser Beziehung mitgeschaffen und angeregt hat, kann jeder seiner Angehörigen mit Recht stolz sein.

Berufung von Lehrkräften an deutsche Auslandsschulen.

Im April 1913 sind durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes in Berlin folgende Lehrkräfte ins Ausland berufen worden:

1) Albert Hahn, Oberreallehrer an der höheren Mädchenschule in Schwäbisch-Hall, als Oberlehrer an die deutsche Oberrealschule in Konstantinopel.

2) Peter Korn, Lehrer in Kaiserslautern, als Lehrer an die deutsche Schule in East London in Südafrika.

3) Wilhelm Noat, Lehrer in Großsteinau, Kreis Lübben, als Lehrer an die deutsche Schule in Mexiko (Stadt).

4) Gertrud Münchmeyer, Lehrerin in Elze in Hannover, als Lehrerin an die deutsche Schule in Guatemala (Stadt).

5) Karl Böttger, Lehrer in Anspach im Taunus, als Lehrer an die deutsch-chinesische Schule in Kanton.

6) Dr. Karl Zimmermann, wissenschaftlicher Hilfslehrer an der Oberrealschule in Göppingen, als Oberlehrer an die deutsche Schule in Schanghai.

7) Dr. Fritz Carius, Realgymnasiallehrer in Reichenbach i. V., als Oberlehrer an die deutsche Oberrealschule in Bukarest.

8) Otto Jensen, Lehrer an der deutschen St. Petrirealschule in Kopenhagen, als Lehrer an die Knabenelementarschule der evangelischen Gemeinde in Bukarest.

9) Dr. Karl Faehler, Probekandidat am Reformrealgymnasium in Altona, als Oberlehrer an die deutsche Oberrealschule der evangelischen Gemeinde in Bukarest.

* * *

Der Krieg auf der Balkanhalbinsel.

Oesterreich-Ungarn und Italien.

Die „Neue Freie Presse" erfährt aus diplomatischen Kreisen, daß zwischen den Kabinetten von Wien und Rom gegenwärtig eifrigst über die Verhältnisse in Albanien verhandelt wird. Aus in Wien eingetroffenen Nachrichten aus Albanien gewinne man den Eindruck, daß dort vollständige Anarchie herrsche. In einzelnen Gegenden soll es bereits zu blutigem Kampfe zwischen den Angehörigen verschiedener Parteien gekommen sein. Es befestige sich daher in Italien immer mehr die Ansicht, daß es die Pflicht der beiden Großmächte wäre, im Lande Ordnung zu schaffen. Die italienische Regierung wolle damit gleichzeitig den griechischen Aspirationen einen Riegel vorschieben. Falls es zu einer gemeinsamen Aktion Oesterreichs und Italiens kommt, würde Oesterreich Mebua und Durazzo, Italien Santi Quaranta und Valona besetzen.

Ueber den gestrigen gemeinsamen Ministerrat in Wien wird gemeldet:

Wien, 2. Mai. Nach einem heute ausgegebenen Communiqué hat der Minister des Auswärtigen Graf Berchtold in dem heutigen gemeinsamen Ministerrate nach Durchberatung verschiedener laufender Angelegenheiten ein ausführliches Exposé über den gegenwärtigen Stand der politischen Lage gegeben. An diese Darlegungen hat sich eine eingehende Diskussion geknüpft, an der sämtliche Minister sich beteiligten, und aus welcher sich eine völlig einheitliche Auffassung über die in der auswärtigen Politik einzuhaltende Richtlinie für das weitere Vorgehen ergab.

Die „Neue Freie Presse" meldet zu der gemeinsamen Ministerberatung: Der Zweck der Beratung war, vorwiegend jene Maßnahmen der inneren Verwaltung zu erörtern, die im Falle eines auswärtigen Konfliktes notwendig wären, sowie die Maßnahmen finanzpolitischer Natur zu besprechen. Dieser Punkt bildete den wesentlichsten Beratungsstoff. Entscheidende Beschlüsse für die auswärtige Politik hatte der Ministerrat nicht zu fassen, weil es sich dabei um Kronrechte handelt, die ausschließlich dem Kaiser als dem obersten Kriegsherrn zustehen. Die Minister wurden über die Situation eingehend informiert und aufgefordert, jene inneren Vorbereitungen zu treffen, welche im Ernstfalle notwendig sind. Morgen findet ein österreichischer und ein ungarischer Ministerrat statt zur Entgegennahme der Vorschläge der gemeinsamen Regierung.

Das „Neue Wiener Tagblatt" veröffentlicht eine Unterredung mit einem Staatsmann, der an dem Ministerrat teilnehmen wollte. Er erklärte, die Situation sei höchst kritisch. Die Politik Oesterreich-Ungarns sei, wie seit Beginn der ganzen Krise, klar und aufrichtig. Oesterreich-Ungarn habe aus seinen Absichten kein Geheimnis gemacht und werde nunmehr zu deren Verwirklichung gedrängt.

Eine englische Aeußerung.

London, 3. Mai. „Daily Chronicle" lehnt den Gedanken einer territorialen Kompensation für Montenegro als unausführbar ab und erklärt, der nächste logische Schritt sei, daß die Mächte, die an der Flottendemonstration teilnehmen, Truppen landen und die montenegrinischen Häfen besetzen. Es sei ein einfacher Schritt, der ohne Blutvergießen ausführbar sein sollte. Wenn diese Aktion, wie die Flottendemonstration, sowohl von den Mächten der Tripleentente wie des Dreibundes unternommen würde, so wäre das eine Form europäischen Druckes, der König Nikolaus nicht Trotz bieten könnte. Es gäbe nur zwei Möglichkeiten: entweder Großbritanniens Teilnahme an der Besetzung der Küstenstädte oder eine Sonderaktion der österreichischen und italienischen Armee. Das Blatt schließt: Wir sollten uns entschließen, an der Aktion teilzunehmen, da dies die klügere der beiden möglichen Maßnahmen wäre.

Zur Lage.

Wie die „Kölnische Zeitung" unterm 2. d. M. aus Berlin erfährt, hat in der gestrigen Sitzung der Botschaftervereinigung anscheinend die Mitteilung des montenegrinischen Delegierten Popowitsch eine Rolle gespielt. Diese Mitteilung soll, allerdings wohl in einigermaßen verklausulierter Form, die Möglichkeit der Räumung Skutaris behandelt haben. Man wird nähere Angaben abwarten müssen; jedenfalls hat die von [redacted] montenegrinischen Delegierten in der Sitzung der Botschaftervereinigung abgegebene Erklärung den Anlaß dazu gegeben, nochmals einen Schritt in Cetinje vorzuschlagen. Dieser Schritt soll, wie man annimmt, eine endgültige Aeußerung der montenegrinischen Regierung über ihre Absichten hinsichtlich Skutaris herbeiführen. Ein Ultimatum scheint der Vorschlag nicht einzuschließen. Ueber die Aufnahme des Vorschlags bei den Kabinetten, vor allem in Wien, ist einstweilen noch nichts bekannt.

Die „Neue Freie Presse" erhält von besonderer Seite aus Paris folgende Mitteilungen: Die Situation scheint sich heute etwas günstiger darzustellen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß König Nikolaus von Montenegro angesichts der sehr ernsten Ratschläge, welche ihm durch die Vertreter der Triple-Entente-Mächte zu teil geworden sind, es doch nicht zum Aeußersten kommen lassen wird. Man hofft, daß man ein Auskunftsmittel finden wird, um König Nikolaus zum Nachgeben zu bewegen.

* * *

Cetinje, 3. Mai. Aus amtlicher montenegrinischer Quelle. Die Regierung hat im Einvernehmen mit der Krone